



Industrie

Aiwanger: "Mehr Wasserstoffantrieb und weniger Verbrenner-Bashing"

17. November 2020

MÜNCHEN Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hat vor dem heutigen Autogipfel von Bund, Ländern und der Industrie die Bundesregierung zur gezielten Unterstützung der Autobranche aufgefordert. Aiwanger: "Wir brauchen einen deutschen Zukunftsfonds nach bayerischem Vorbild, um den Transformationsprozess zu fördern. Bayern unterstützt den Wandel zur Digitalisierung und zu erneuerbaren Antrieben bereits mit mehr als 300 Millionen Euro aus dem Zukunftsforum Automobil. Jetzt muss auch die Bundesregierung ihren Anteil leisten, diese wichtige Industrie zu stärken."

Die Automobil- und Zuliefererindustrie ist der wichtigste Industriesektor Bayerns mit mehr als 200.000 Arbeitsplätzen. 2019 erreichte die Branche einen Umsatz von 116,5 Milliarden Euro. Die Exportquote lag bei 66,8 Prozent. Die bayerischen Automobilhersteller Audi in Ingolstadt und BMW in München wie auch der Nutzfahrzeughersteller MAN gehören zu den erfolgreichsten der Welt. Aiwanger: "Der Auto-Sektor ist das Herzstück der bayerischen Industrie. Es muss alles getan werden, Hersteller und Zulieferer beim Technologiewandel hin zu nachhaltigen Antrieben zu unterstützen, wozu neben der Batterie auch Wasserstoff und der moderne Verbrenner gehören. Wir brauchen mehr Wasserstoffeinsatz und weniger Verbrenner-Bashing."

Konkret regte der bayerische Wirtschaftsminister erneut ein Lkw-Flottenaustauschprogramm von Bundesregierung und EU an. Aiwanger: "Schnelle Kaufanreize sind nötig, um neue Lkw zu verkaufen und in Einsatz zu bringen. Das sichert Arbeitsplätze und nutzt der Umwelt. Es kann doch nicht sein, dass zehntausende hochmoderne Lkw aufgrund des Coronaeinbruchs unverkauft auf Halde stehen, während gleichzeitig viele alte Stinker im Einsatz sind", erklärte Aiwanger.

Zudem forderte der Staatsminister gezielte Anstrengungen, um bei Lkw und Pkw den Wasserstoffantrieb voranzubringen. Aiwanger: "Nur mit Hilfe von Wasserstoff und Brennstoffzelle können neben den batterieelektrischen Antrieben die diskutierten

hohen Abgasgrenzwerte eingehalten werden. Wer die Latte so hoch legt wie EU und Bund, muss auch ein Sprungbrett hinstellen. Es müssen jetzt schnell konkrete und sinnvolle Programme kommen, um die angekündigten Wasserstoff-Milliarden auch in die Wirtschaft zu bringen.“

Die zuvor bekanntgewordenen EU-Pläne, die Abgasgrenzwerte bis 2025 drastisch zu verschärfen, lehnte Aiwanger ab: "Die Vorgaben dieser EU-7-Norm sind übertrieben. Damit belastet man die heimische Autoindustrie massiv. Es ist schädlich, jetzt mitten in der Corona-Wirtschaftskrise die Verunsicherung noch weiter hochzutreiben. Moderne Verbrenner werden noch lange sowohl im heimischen Markt als auch weltweit auf große Nachfrage und Bedarf stoßen. Hier muss Vernunft mehr gelten als Ideologie.“

Jürgen Marks
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 368/20